

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	23
I. Methodik und Gang der Untersuchung	25
II. Ausblick	26
III. Grundlagen: Ausschreibungen nach dem EEG und WindSeeG	28
1. Charakteristische Grundzüge von Ausschreibungen	28
2. Ausschreibungen nach dem EEG	29
a. Anwendbarkeit des Ausschreibungsmodells	29
b. Zuständigkeit und Verfahren	30
c. Technologieneutrale Ausschreibungsverfahren	32
aa. Gemeinsame Ausschreibungen	32
bb. Innovationsausschreibungen	33
3. Ausschreibungen nach dem WindSeeG	34
a. Besonderheiten der Windstromerzeugung auf See	34
b. Die Flächenvoruntersuchung als Voraussetzung für Ausschreibungen	36
c. Ausschreibungsbesonderheiten	37
1. Kapitel - Umweltschutzproblematiken der erneuerbaren Energien	39
I. Umweltschutzprobleme der Stromerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse	40
1. Problematiken beim Anlagenbau	40
2. Problematiken beim Betrieb der Anlagen	42
a. Windenergie	42
b. Solarenergie	43
c. Biomasse	44
aa. Anlagenbezogene Problematiken	44
bb. Rohstoffproblematiken	44

<b>II. Technische Lösungsansätze</b>	<b>47</b>
1. Lösungsansätze für Probleme im Zusammenhang mit der Herstellung der Anlagen	47
2. Lösungsansätze für Probleme beim Aufbau von Anlagen	48
a. Effiziente Bauplanung	48
b. Flächengestaltung	49
3. Lösungsansätze für Probleme beim Betrieb von Anlagen	50
a. Windenergieanlagen	50
b. Solaranlagen	51
c. Biomasse	51
4. Lösungsansätze für Probleme nach Betriebsende	54
<b>2. Kapitel - Lücken in der bestehenden rechtlichen Regulierung von Umweltproblematiken im Zusammenhang mit Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen</b>	<b>57</b>
<b>I. Erfassung von Umweltschutzproblematiken durch Berücksichtigungsmöglichkeiten im Ausschreibungssystem des EEG und WindSeeG sowie im flankierenden Fachrecht</b>	<b>58</b>
1. Berücksichtigung von Umweltproblematiken durch spezifische Vorgaben auf Förderebene	58
a. Standortvorgaben für Solaranlagen	59
b. Einschränkungen zur Verwendung bestimmter Biomassearten	60
c. WindSeeG als Sonderform der Integration von Umweltschutzaspekten in Planungsprozess und Ausschreibungen	61
2. Berücksichtigung von Umweltproblematiken auf Förderebene über die Einbindung des Umweltfachrechts	63
3. Berücksichtigung von Umweltproblematiken der Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen im flankierenden Fachrecht jenseits des EEG	64
4. Keine Übertragung der Anforderungen des Fachrechts auf die Förderebene	65
5. Weiterreichende Berücksichtigungsmöglichkeiten im Rahmen einer weiten Auslegung des EEG	68
a. Teleologische Auslegung der Berücksichtigungsmöglichkeiten im Lichte des Gesetzeszwecks "Umweltschutz"	68

b. Heranziehung der Berücksichtigungsmöglichkeiten des Vergaberechts im Wege der systematischen Auslegung	70
aa. Sperrung im Spezialitätsverhältnis	70
bb. Vergaberechtsqualität der Ausschreibungen nach dem EEG	71
(1) Der Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen als öffentlicher Auftrag nach § 103 GWB	71
(a) Beschaffung von Leistungen, die die Lieferung von Waren zum Gegenstand haben	72
(b) Beschaffung von Leistungen, die die Ausführung von Bauleistungen zum Gegenstand haben	72
(c) Beschaffung von Leistungen, die die Erbringung von Dienstleistungen zum Gegenstand haben	76
(2) Der Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen als Konzession nach § 105 GWB	79
(3) Zusammenfassung	80
cc. Gesetzesvorbehalt verbietet analoge Anwendung des Vergaberechts	80
dd. Zwischenergebnis	81
<b>II. Mangelhaft erfasste Problematiken</b>	81
1. Anlagenherstellung und Anlagenrecycling	81
2. Biomasseanbau	84
3. Innovationsanreize	86
<b>III. Ergebnis</b>	88
<b>3. Kapitel - Über die bestehenden Regelungen hinausgehende Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Umweltproblematiken im Ausschreibungssystem des EEG und WindSeeG</b>	89
<b>I. Das Vergaberecht als Referenzgebiet</b>	89

<b>II. Das Vergaberecht als Quelle von Regelungsmodellen für bestimmte Interessenkonflikte im Rahmen von Beschaffung und Verteilung</b>	<b>91</b>
1. Die Funktion von Ausschreibungen im Zusammenhang mit Zielen und Zwecken des Vergaberechts einerseits und des EEG-Förderrechts andererseits	92
a. Ausgestaltung des vergaberechtlichen Ausschreibungssystems	93
aa. Regelungsebenen des Überschwellen-Vergaberechts	94
bb. Grundstruktur des Vergabeverfahrens	95
(1) Auswahl des Beschaffungsgegenstands	95
(2) Leistungsbeschreibung	96
(3) Eignungsprüfung	96
(4) Zuschlagsverfahren	98
b. Analyse von Zielen und Zwecken	99
aa. Basiszweck: Erfüllung staatlicher Aufgaben	99
bb. Chancengerechte Verteilung durch Herstellung und Gewährleistung wettbewerblicher Verhältnisse	101
cc. Schonung der finanziellen Ressourcen	103
dd. Europäische Integration	105
2. Zwischenergebnis	106
<b>III. Das Vergaberecht als neuer Ansatz zur Integration von Umweltaspekten in Marktprozesse</b>	<b>106</b>
1. Entwicklung	107
2. Umweltschutz im Vergaberecht	108
a. Generalklausel	108
b. Lebenszyklusanalyse	109
c. Bieterauswahl	111
d. Nachweisinstrumente	113
e. Innovationsförderung	116
3. Umweltschutz im Vergaberecht – Interessenkonstellationen und Funktion von Ausschreibungen	116
a. Internalisierung von Umweltaspekten in Marktprozesse durch Anpassung der Nachfragekriterien	118
aa. Natürliche Ressourcen als Allmendegüter	119
bb. Ausnutzung von Marktmacht zur Regulierung durch gezielte Nachfrage oder Schaffung von Wettbewerbsvorteilen	120

b.	Auflösung von spieltheoretischen Dilemmata	121
c.	Eindämmen von Informationsasymmetrien in puncto Umweltschutzmaßnahmen	122
d.	Zwischenergebnis	123
4.	Gleichlauf von Interessenkonstellationen im Bereich der Förderung von Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen	124
a.	Grundvoraussetzungen	124
aa.	Grundsätzliche Interessen der Marktteilnehmer und ihre Beziehung zum Umweltschutz	124
bb.	Marktmacht des Staates	125
b.	Gefahr von Marktversagen und Möglichkeiten des Gegensteuerns durch Anpassung der Nachfrage	126
aa.	Anfälligkeit des Marktes für negative externe Effekte	126
bb.	Informationsasymmetrien	127
cc.	Zwischenergebnis	128
5.	Übernahmefähige Elemente	128
4.	Kapitel - Rechtsrahmen für eine erweiterte Regelung des Ausschreibungssystems nach EEG und WindSeeG	131
I.	Staatsaufgabe Umweltschutz: Ausreichendes Schutzniveau	131
1.	Umweltschutz als Staatsaufgabe?	132
a.	Allgemeine Staatstheorien	132
b.	Verfassungsrecht	134
aa.	Staatsziel Umweltschutz	135
bb.	Umweltbezug der Grundrechte	137
	(1) Umweltbezug der Abwehrgrundrechte	138
	(2) Umweltbezug der Schutzgrundrechte	139
c.	Europarecht	142
aa.	Querschnittsklausel	143
bb.	Pflichten nach Art. 191 AEUV	144
d.	Völkerrecht	145
aa.	Völkerrechtliche Verträge	146
bb.	Völkergewohnheitsrecht	148
cc.	Weiteres Völkerrecht	148
2.	Umweltrechtliche Grundsätze	149
a.	Vorsorgeprinzip	149
b.	Verursacherprinzip	150

c. Generationengerechtigkeit	151
d. Internationale Verantwortung	153
3. Zusammenfassung	154
4. Konkretisierung des Maßstabs für die Förderung von Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen	154
a. EEG und WindSeeG als Beitrag zum Klimaschutz	155
b. Das Verhältnis von Klimaschutz zu weiteren Umweltschutzanforderungen	157
aa. Ermittlung der verschiedenen Umweltschutzinteressen	157
bb. Interesse am Ausbau der Stromversorgung aus regenerativen Ressourcen zum Zweck des Klimaschutzes	158
cc. Interesse am Schutz weiterer natürlicher Schutzgüter im Rahmen des Ausbaus der erneuerbaren Energien	159
(1) Vorsorgegrundsatz	161
(2) Generationengerechtigkeit	162
(3) Verursacherprinzip	163
(a) Erhöhte Verantwortung des Staates durch eigenen Verursacherbeitrag	163
(b) Differenzierte Anreizsetzung gegenüber Stromproduzenten	164
(c) Verursachergerechte Kostenverteilung	167
(4) Internationale Interessen	168
dd. Interessenausgleich	169
5. Zwischenergebnis	171
<b>II. Grenzen einer verstärkten Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten auf Förderebene</b>	172
1. Rechtsetzungskompetenzen	173
a. Kompetenzabgrenzung zu Naturschutzrecht	173
b. Kompetenzabgrenzung zum Recht der Agrarsubventionen	174
2. Materielle Anforderungen auf nationaler Ebene	174
a. Bedeutung des Gesetzesvorbehalts für das erforderliche Maß an Konkretisierung im Rahmen einer Neuregelung	175
aa. Regelungsbedürftigkeit in einem formellen Gesetz	175
bb. Notwendige Konkretisierung	178
(1) Verordnungen	179

(2) Ermessensspielraum	179
(3) Unbestimmter Rechtsbegriff	181
b. Daseinsvorsorge	183
aa. Sicherheit der Stromversorgung	184
bb. Auswirkungen auf andere Bereiche der Daseinsvorsorge	186
c. Grundrechte der Stromproduzenten	186
aa. Stabilitätsanforderungen an Förderbedingungen	188
(1) Anforderungen des allgemeinen Vertrauensschutzes an die Beständigkeit von Fördermodellen	189
(2) Anforderungen des Art. 14 Abs. 1 GG	191
(a) Mögliche Eingriffe in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG durch eine Änderung des Fördermodells	192
(aa) Eigentumsposition als notwendiger Anknüpfungspunkt	192
(bb) Eingriffsqualität einer Förderregelungsänderung	194
(i) Förderung nach EEG ist keine zwingende Voraussetzung für Stromproduktion	194
(ii) Zuschlag als Teil des Eigentumsrechts	195
(iii) Besonderer Vertrauensschutz für Übergangsregelungen	197
(b) Besonderheiten auf Rechtfertigungsebene	197
(3) Anforderungen des Art. 12 Abs. 1 GG	199
(a) Sonderfall WindSeeG	199
(b) Mögliche Eingriffe in den Schutzbereich	200
(c) Mögliche Rechtfertigung von Eingriffen	201
bb. Art. 3 Abs. 1 GG: Gleichbehandlung der Stromproduzenten untereinander	202
(1) Die Konkretisierung des Willkürverbots im Vergaberecht als Vorbild für das Ausschreibungsförderrecht in EEG und WindSeeG	203

(2) Risiken und Chancen qualitativ geprägter Ausschreibungskriterien vor dem Hintergrund des Transparenzgebots	205
d. Grundrechte der EEG-Umlage-Zahler: Keine zu hohe Preisbelastung	208
aa. Art. 14 Abs. 1 GG	208
bb. Art. 12 Abs. 1 GG	211
cc. Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip	212
dd. Art. 2 Abs. 1 GG	213
ee. Ausblick auf relevante Änderungen durch einen Wegfall der EEG-Umlage	214
3. Materielle Anforderungen des Europarechts	215
a. Europäisches Energierecht	215
aa. Erneuerbare-Energien-Richtlinie	216
(1) Anforderungen an nationale Fördermodelle	216
(2) Öffnung der Fördermodelle	219
(3) Vertrauenschutz	219
bb. Governance-Verordnung	219
b. Europäisches Beihilfenrecht	220
aa. Anwendbarkeit des Beihilfenrechts	220
bb. Beihilfenrechtliche Anforderungen	221
(1) Formelle Voraussetzungen	221
(2) Materielle Voraussetzungen	222
c. Allgemeiner europäischer Gleichheitsgrundsatz und Diskriminierungsverbot	224
d. Zusammenfassung	224
III. Zusammenfassendes Ergebnis	225
5. Kapitel - Konkrete Regelungsvorschläge auf Basis der vergaberechtlichen Instrumente	227
I. Ansatz der Lebenszyklusanalyse	227
1. Möglicher Beitrag zum Umweltschutz	228
2. Rechtliche Herausforderungen	229

<b>II. Berücksichtigung von Umweltschutzbelangen im konkreten Ausschreibungsverfahren</b>	<b>231</b>
1. Eigene Ausschreibungen für besonders umweltfreundliche Produktionsweisen	232
a. Erweiterung der Innovationsausschreibungen	233
b. Ausschreibungen nach erfolgter Standortvorauswahl	234
2. Umweltschutz als Zuschlagskriterium	237
a. Ausreichende Konkretisierung der Kriterien und ihres Ranges	238
b. Standorteignung als Zuschlagskriterium	239
c. Anreizwirkung von umweltbezogenen Zuschlagskriterien als milderes Mittel im Vergleich zu zwingenden Vorgaben im Umweltfachrecht	241
3. Umweltschutz als Kriterium in der Bieterauswahl	241
<b>III. Einführung geeigneter Nachweisinstrumente</b>	<b>245</b>
1. Anforderungen von Gleichbehandlungs- und Transparenzgrundsatz	245
2. Rechtsstaatliches Bestimmtheitsgebot	246
<b>IV. Erweiterung des Umweltschutzgedankens in der Generalklausel</b>	<b>248</b>
<b>Fazit</b>	<b>251</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>255</b>
<b>Anhang</b>	<b>267</b>
I. Zusammenfassung	267
II. Summary	270